

Kommunale Wärmeplanung und Heizungsgesetz

A-E

Regelwerk & Novellen

WPG, GModG

F-G

Grundlage & Umfeld

Klimaszenarien und internationaler Kurs

H-L

Kosten & Betroffenheit

Bund, Kommunen, Bürger und Marktrealität

M-R

Technologien & Fernwärme

Anschlusszwang, Monopolpreise, Wasserstoff, Wärmepumpe

S

Position

parlamentarische Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion

Zwei Gesetze, ein Ziel: das CO₂-freie Gebäude

Wärmeplanungsgesetz (WPG) und Gebäudeenergiegesetz (GEG / GModG)

WPG / KWP

GEG / GModG



Zentrale Wärmenetze

Dezentrale Heizung

- 1 Klimaneutralität 2045**
EU 2050; bindendes nationales Ziel im KSG
- 2 Abschlussfristen**
über 100.000 EW: 30.06.2026 / unter 100.000 EW: 30.06.2028
- 3 Drei zulässige Optionen / „Technologieoffenheit“**
Wärmenetz, Wärmepumpe, Pelletheizung

Bewertung AfD: Zwei Gesetze, eine Logik: zentrale Steuerung statt freier Wahl der Heizung. Beide werden 2026 novelliert.

Vereinfachung als Etikett, Anschlusszwang als Substanz

Referentenentwurf WPG vom 27.04.2026 in der Ressortabstimmung

KLEINE WÄRMEPLANUNG

Bis 15.000 EW

§ 22a WPG-RefE: vereinfachtes Verfahren, pauschale Ausweisung als dezentrales Versorgungsgebiet

KÄLTEPLANUNG

Ab 45.000 EW

§ 21a WPG-RefE: zusätzliche Pflicht zur Kälteplanung; Auskunftspflichten ausgedehnt (§ 10)

ZWANG BLEIBT

Unverändert

Anschluss- und Benutzungszwang sowie Dekarbonisierungspflicht der Wärmenetze (§§ 29 ff.) gelten weiter (Kosten!)

Bewertung AfD: Die Novelle vereinfacht das Verfahren, nicht die Belastung. Der Zwang bleibt, neue Auskunftspflichten kommen hinzu.

Verbot raus, "Technologieoffenheit" rein

Referentenentwurf GModG vom 05.05.2026, ersetzt das GEG

65%-EE-Pflicht entfällt

§§ 71, 71b bis 71p werden gestrichen.

GModG-RefE Artikel 1

Betriebsverbot 2045 entfällt

§ 72 GEG wird gestrichen, fossile Heizungen bleiben langfristig zulässig.

GModG-RefE Artikel 1

65%-Pflicht verschoben

Inkrafttreten in Großstädten vom 01.07. auf 01.11.2026 verlegt.

Kabinettsbeschluss 29.04.2026

Mieter-Kostenbremse

Vermieter zahlt 50 % von CO₂-Abgabe, Gasnetzentgelt und Bio-Treppen-Mehrkosten.

BMJV-Eckpunkte 04/2026

Bewertung AfD: Die "Abschaffung" des Heizungsgesetzes ist Etikettenschwindel. Der Zwang wird umgebaut, nicht abgebaut, und auf den Vermieter umgewälzt.

Weiterbetrieb formal erlaubt, faktisch doppelt verteuert

Referentenentwurf GModG vom 5. Mai 2026 (BMWE), zzgl. EU-RL 2023/959 und BEHG

CO₂-PREIS (BEHG)

läuft weiterhin

Nationaler CO₂-Preis nach BEHG bleibt bestehen, bis ETS II ihn 2028 ablöst.
Pflichtaufschlag auf jede Öl- und Gasrechnung.

GRÜNGASQUOTE

ab 2028

Versorger müssen grünes Gas (Biomethan, H₂) ins Netz mischen. Start 1 %, steigend.
Kosten schlagen automatisch über den Gaspreis auf alle Bestandskunden durch.

ETS II (EU)

ab 2028 (verschoben)

EU-Emissionshandel für Gebäude.
Brennstoffhändler kaufen Zertifikate, jährlich knapper. Marktpreis schlägt direkt auf Öl- und Gasrechnung durch.

Bewertung Afd: Berlin verkauft die Streichung des Heizungsverbots als Entlastung. Tatsächlich bleiben Bestandskunden über Grüngasquote, ETS II bzw. CO₂-Preis doppelt belastet, ohne Ausweichmöglichkeit.

Bio-Treppe, Vier Stufen, ein Zwang

§ 43 GModG-RefE: Pflicht "klimafreundlicher" Brennstoffe in neuen Gas- und Ölheizungen



verpflichtender Anteil "grüner" Brennstoffe bis 2040 in jeder neuen Gas- oder Ölheizung

Bewertung AfD: Die Bio-Treppe ist ein Zwang in vier Stufen, ohne dass "grüne" Gase und Öle in der nötigen Menge je verfügbar sein werden.

RCP8.5 ist tot · die Grundlage des deutschen Sonderwegs wankt

Stand der Klimaszenarien im neuen IPCC-Rahmenwerk CMIP7 / ScenarioMIP, April und Mai 2026

CMIP7 streicht das Hochszenario (Klimamodell-Simulation)

SSP5-8.5 nicht mehr als plausibler oberer Pfad. Neues Hochszenario erreicht statt 8,5 nur noch ca. 6,7 W/m² Strahlungsantrieb bis 2100.
ScenarioMIP / CMIP7-Rahmenwerk, 2026

Schon im AR6 unwahrscheinlich

IPCC-Sachstandsbericht 2021/22 stuft SSP5-8.5 und SSP3-7.0 als "low likelihood" ein.
IPCC AR6, WG1; Ritchie 2017 (IPCC fasst internationale Klimaforschung zusammen)

"RCP8.5 is officially dead"

Reale Emissionsentwicklung und Kostenverlauf der EE haben den Pfad obsolet gemacht.
Roger Pielke Jr., The Honest Broker, 29.04.2026

Was das politisch bedeutet

Die mittelbar in den Klimabeschluss des BVerfG (24.03.2021) eingehende Szenarien-Architektur verliert ihren oberen Anker.
BVerfG 1 BvR 2656/18 u.a.

Bewertung AfD: Wer Bürger heute mit Wärmeplanung und Bio-Treppe belastet, beruft sich auf Szenarien, die der IPCC selbst nicht mehr als plausibel ansieht.

Während Deutschland zwingt, kehrt der Initiant um

US Department of Energy (07/2025), Trump-Regierung, BlackRock

DOE-Bericht 07/2025 (US-Energieministerium)

Aggressive Klimaschutzmaßnahmen "eher schädlich als nützlich";
politische Wirkung gering.
DOE: A Critical Review, Juli 2025

Pariser Abkommen

Trump-Regierung hat den Ausstieg vollzogen; Streichung der EE-
Subventionen.
Executive Orders 2025

EPA-Befund (US-Umweltschutzbehörde)

CO2 gilt offiziell nicht mehr als Gefahr für die öffentliche Gesundheit.
EPA, 2025

Larry Fink (BlackRock)

Klima-Investitionen waren Renditefrage, nicht Idealismus; Abkehr vom
ESG-Druck.
Public Statements, 2024/25

Bewertung Afd: Berlin und Brüssel halten an einem Kurs fest, den selbst die Architekten der grünen Finanzwende verlassen haben.

2 Mrd. €

Planungskosten KWP

Bund schießt nur 500 Mio. € zu

2.500 Mrd. €

Heizung, Netze, Sanierung

Schätzung Gesamtkosten bis 2045

5.400 Mrd. €

Energiewende gesamt

Studie DIHK, Gesamtkosten bis 2050

Bewertung AfD: Die Kosten übersteigen jeden ordnungspolitischen Rahmen. Eine Hypothek auf Generationen.

45.000 Euro pro Einwohner

Stadt Leipzig, rund 630.000 Einwohner, Wärmewende-Kostenrechnung

30 Mrd. €

Gesamtkosten Leipzig

Wärmewende für die Stadt

5 Mrd. €

Anteil Stadtwerke

kommunale Beteiligung

25 Mrd. €

Anteil der Bürger

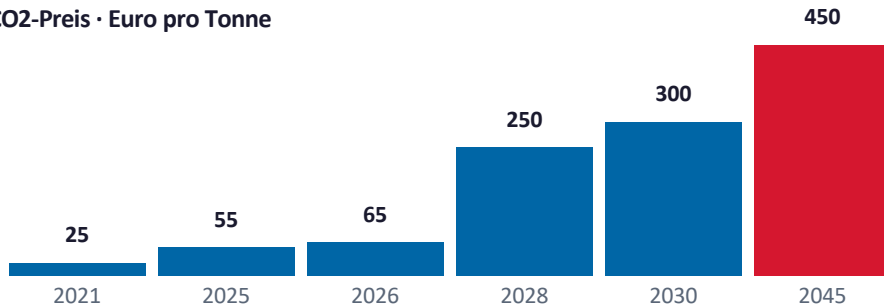
= 45.000 € pro Einwohner

Bewertung AfD: Was der Stadtkämmerer plant, zahlt am Ende der einzelne Bürger. Politische Enteignung in Raten.

Vom Lenkungsinstrument zur Heizenteignung

Brennstoffemissionshandelsgesetz, Belastung einer Durchschnittsfamilie

CO₂-Preis · Euro pro Tonne



BELASTUNG FAMILIE

909 €/Jahr

2021 (25 €/t)

16.364 €/Jahr

2045 (450 €/t)

Bewertung AfD: Das GModG verschiebt den Zwang von der Pflicht zum Preis. Was als Lenkung firmiert, ist Enteignung des Mittelstandes.

75 Prozent der Bürger sind direkt betroffen

Bestand Gas- und Ölheizung in Deutschland

BESTAND

64 Mio. Menschen

30 Mio. Haushalte heizen mit Öl oder Gas

INFRASTRUKTUR

500.000 km Gasnetz

über Jahrzehnte aufgebaut, voll funktionsfähig

ABRISS

20 Mio. Heizungen

sollen verschrottet werden; Hannover, Mannheim, Hamburg planen Stilllegung des Gasnetzes

Bewertung AfD: Eine funktionierende, bezahlte Infrastruktur wird politisch zerschlagen. Substanzvernichtung mit Ansage.

Die Ausbauziele werden krachend verfehlt

Soll/Ist-Vergleich Fernwärme und Wärmepumpen

Fernwärmeanschlüsse



Wärmepumpen



Bewertung AfD: Der Plan ist Papierpolitik. Die Realität sagt Nein.

- 1 Heizungsmarkt 2024 minus 46 %**
Einbruch im Absatz wegen politischer Unsicherheit
- 2 Absatz 2025 auf Tiefstand**
so niedrig wie seit über einem Jahrzehnt nicht mehr
- 3 Kommunale Pläne ohne Substanz**
Bsp. Michendorf: bis Seite 19 reine Textbausteine

Wer am Netz liegt, muss heizen, was vorgeschrieben ist

Beispiel Satzung der Stadt Wesseling über zentrale Nahwärmeversorgung

- **§ 5 Abs. 1:** Anschlusspflicht für alle Grundstücke an einer Wärmeleitung
- **§ 5 Abs. 2:** ausschließlicher Bezug aus dem Nahwärmenetz vorgeschrieben
- **§ 5 Abs. 3:** Einbau eigener Heizungen mit Kohle, Öl, Gas, sogar Strom untersagt
- **§ 12:** Versorger haftet bei höherer Gewalt nicht; Verbraucher trägt das Risiko

Bewertung AfD: Der Bürger verliert das Recht auf seine Heizung. Das ist ein Eingriff in das Eigentum.

400 Eingaben beim Kartellamt allein in NRW

Bundeskartellamt, Verbraucherschutz, Einzelfälle 2021 bis 2025

Stadtwerke Neubrandenburg

Fernwärmepreis von 8,03 ct/kWh auf 27,64 ct/kWh seit 2021.

Verbraucherzentrale, 2024

Berlin-Neukölln

Fernwärme-Fixkosten schießen um mehr als die Hälfte nach oben.

Tagesspiegel, 2024

NRW-Kartellamt

400 Eingaben wegen Monopolmissbrauch und Preisbildung.

Bundeskartellamt

Quierschied (Saarland)

"Teure Fernwärme sorgt für Ärger"; Nachzahlungen vierstellig.

Saarbrücker Zeitung

Bewertung AfD: Wo Wettbewerb fehlt, entsteht der gewinnorientierte Monopolist. Der Bürger zahlt die Differenz.

Anschlusskosten bis 50.000 Euro

Beispielrechnung Einfamilienhaus, Wärmegesellschaft Wesseling GmbH

17.000 €

Anschluss EFH

Übergabestation, Anschluss, bauliche
Maßnahmen

300 €

Grundpreis pro Jahr

bei 10 kW Anschlussleistung (30 €/kW)

2.550 €

Verbrauch pro Jahr

bei 17.000 kWh (15 ct/kWh)

Bewertung Afd: Fernwärme ist nicht günstig, sie ist teuer und ohne Ausstieg. Anschlusszwang plus Monopolpreis ergibt eine Lebensschuld.

Marginale Anteile, kein Skalierungspfad

Anteile an deutscher Strom- und Wärmeerzeugung; Branchenlage

GEOTHERMIE

0,1 % / 2,3 %

Anteil Strom / Wärme; Erdbebenrisiko bei tiefer Geothermie

BIOGAS

6 % / 5 %

Anteil Strom / Wärme; nicht im großen Maßstab wirtschaftlich

INSOLVENZ 2023

720 Mio. €

Forderungen kommunaler Versorger nach Pleite des größten Herstellers

Bewertung AfD: Was für die Energiewende tragen soll, trägt heute nicht. Die Pläne ruhen auf Nischen.

Hohe Kosten, schlechte Wirkungsgrade

Studienlage Wasserstoff im Wärmesektor bis 2035; § 43 GModG-RefE

+172 %

Heizkosten 2035

Anstieg von +74 bis +172 % gegenüber Erdgas heute (Studienlage)

50–100

Mrd. € pro Jahr

Subventionsbedarf für akzeptables Preisniveau

vier Farben

grün, blau, orange, türkis

Wasserstoff-Varianten in § 43 GModG, ohne dass eine in Mengen verfügbar wäre

Bewertung AfD: Wasserstoff ist die teuerste Heizoption der Geschichte. Die Bio-Treppe stützt sich auf einen Brennstoff, den niemand bezahlen kann.

Amortisation in 39 Jahren oder gar nicht

Beispielrechnung Einfamilienhaus, 17.000 kWh Heizbedarf pro Jahr

FALL A · FBH, COP 4,4

41 Jahre

Amortisation bei 18.000 € Investition;
Einsparung 440 €/Jahr
Strom 37 ct/kWh
Gas 11 ct/kWh

FALL B · OHNE FBH, COP 3,0

keine

Amortisation; Mehrkosten 226 €/Jahr
gegenüber Erdgas

FALL C · VOLLSANIERUNG

160.000 €

Wärmepumpe + Fußbodenheizung (FBH) +
Dämmung + Fenster

Bewertung Afd: Selbst der Modellfall amortisiert sich kaum. Der Normalfall ist ein finanzielles Desaster für den Eigentümer.

Klare Position, parlamentarische Initiativen

Anträge und Anfragen der AfD-Bundestagsfraktion 2023 bis 2025

- **Drs. 20/8742:** Antrag "Kommunale Wärmeplanung und Dekarbonisierung der Wärmenetze stoppen, sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten"
- **Drs. 21/227:** Antrag "Kein Heizungsgesetz durch die Hintertür, CO₂-Bepreisung abschaffen"
- **Drs. 21/1346:** Kleine Anfrage "Stand und Umsetzbarkeit der kommunalen Wärmeplanung"

Bewertung AfD: Der Etikettenschwindel der GModG-Novelle bestätigt unsere Linie. Wir bleiben dabei: KWP stoppen, CO₂-Bepreisung abschaffen.

Was bleibt: Etikettenschwindel statt Reform

Verdichtung der Kernbefunde aus 18 Inhaltsfolien

- A** Zwei Gesetze, ein Zwang zur Klimaneutralität
- B** WPG-Novelle: Verfahren vereinfacht, Zwang bleibt
- C** GModG: Heizungsgesetz durch die Hintertür, Bio-Treppe statt Verbot
- F** RCP8.5 ist tot: Die wissenschaftliche Grundlage erodiert
- G** Der Initiant kehrt um, Berlin nicht
- H** 2.500 Mrd. €: nicht finanzierbar; CO2-Preis enteignet den Mittelstand
- K** 75 Prozent der Bürger betroffen, Ausbauziele werden verfehlt
- M** Fernwärme: Anschlusszwang, Monopol, Preisexplosion
- P** Grüne Technologien tragen nicht: Geothermie, Biogas, Wasserstoff, Wärmepumpe

***Etikettenschwindel ist keine Reform.
KWP möglichst spät verabschieden,
vor Ort gegen Fernwärme aufklären,
AfD wählen.***

**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit**
